

http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Startseite/ArchivPolitik/120316_RechtsextremismusHL.html

Neonazis-Demo verboten

Kein Platz für Neonazis: Die Stadt Lübeck hat die umstrittene Neonazi-Demonstration am 31. März verboten. "Dieses Verbot ist ein wichtiges und notwendiges Dokument der Entschlossenheit des demokratischen Rechtsstaats im Kampf gegen seine erklärten Feinde. Ich freue mich, dass Lübeck diesen Schritt geht. Die Stadt hat dafür meine volle Unterstützung", sagte Innenminister Klaus Schlie am Freitag in Kiel.

Die Hansestadt Lübeck hat am Freitag, 16. März, die für den 31. März 2012 angemeldete Versammlung von Rechtsextremisten unter dem Motto "Bomben für den Frieden? – Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942" verboten. Dazu sagte Innenminister Klaus Schlie heute in Kiel: "Dieses Verbot ist ein wichtiges und notwendiges Dokument der Entschlossenheit des demokratischen Rechtsstaats im Kampf gegen seine erklärten Feinde. Die Zusammenarbeit zwischen Lübeck und dem Innenministerium, und insbesondere zwischen Bürgermeister Bernd Saxe und mir, im Vorfeld dieser Verbotsverfügung war äußerst sachlich, konstruktiv und vertrauensvoll."

Resolution

Mit einer Resolution gegen die Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und einem Appell für ein Verbot der Demonstration von Rechtsextremisten am 31. März in Lübeck hatten sich zuvor Innenminister Klaus Schlie, DGB Nord-Chef Uwe Polkaehn, UV Nord Präsident Uli Wachholtz, Dr. Cebel Küçükkaraca von der Türkischen Gemeinde, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden, Walter Blender, und das Bischofskollegium der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche an die Öffentlichkeit gewandt. Auch Landtagspräsident Torsten Geerds unterstützt die Initiative.

Appell an die Zivilcourage

Öffentlich für Demokratie und Rechtsstaat eintreten © U. Dahl/grafikfoto.de

Im Mittelpunkt steht ein Appell an die Zivilcourage und ein Bekenntnis für ein tolerantes, pluralistisches, rechtsstaatliches, freies, solidarisches und mitmenschliches Deutschland. Die Unterzeichner der Resolution rufen alle Bürger auf, "friedlich und entschlossen zu zeigen: Für Rechtsextremismus ist kein Platz in dieser Stadt und unserem Land!" Rassismus und Rechtsextremismus seien mit demokratischen Werten unvereinbar.

Das Datum

Während des Zweiten Weltkriegs erfolgte in der Nacht vom 28. auf den 29. März 1942 ein Luftangriff der Royal Air Force auf die Hansestadt Lübeck. Dabei starben mehr als 300 Menschen, mehr als 700 wurden verletzt. Immer wieder, und so auch an diesem 31. März 2012, wollen Neonazis versuchen, die Opfer der Bombardierung für ihre rechtsextremistische Propaganda zu instrumentalisieren. Dadurch wird nach Ansicht der Unterzeichner der Resolution die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht.

Resolution gegen die Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus –

Für ein Verbot der Demonstration von Rechtsextremisten

am 31. März in Lübeck

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Hansestadt Lübeck schauen wir die-sem unwürdigen Treiben nicht tatenlos zu!

Gemeinsam können wir Ausgrenzung und Hass überwinden!

Unsere Demokratie lebt von Zivilcourage!

Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ebenso friedlich und entschlossen zu zeigen: Für Rechtsextremismus ist kein Platz in dieser Stadt und unserem Land!

Wir erwarten, dass alle rechtsstaatlichen Mittel voll ausgeschöpft werden, um die Demonstration der Rechtsextremisten am 31. März zu verhindern.

Rassismus und Rechtsextremismus sind unvereinbar mit demokratischen Werten, die für viele von uns in unseren jeweiligen religiösen und politischen Überzeugungen wurzeln.

Im Angesicht der Verbrechen des Nationalsozialismus haben wir eine besondere geschichtliche Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Eine nachhaltige Überwindung von Rassismus und Rechtsextremismus erfordert eine dauerhafte Strategie, die in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen verankert werden muss.

Alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Vereine, alle Menschen jüdischen, christlichen und muslimischen Glaubens sowie alle Organisationen und Bürgerinnen und Bürger, die für ein tolerantes, pluralistisches, rechtsstaatliches, freies, solidarisches und mitmenschliches Deutschland stehen, sind verpflichtet, jeder Form von Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzutreten. Das muss überall und jederzeit geschehen, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Rassismus und Rechtsextremismus geächtet sind. Die Grundpfeiler unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, für die wir gemeinsam eintreten, sind Freiheit und Toleranz.

Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen für die Entschlossenheit und Wehrhaftigkeit der Demokratie gegen die Feinde der Freiheit.

Wir schätzen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut – und wir erheben unsere Stimme gegen den Missbrauch der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und gegen die Missachtung unveräußerlicher Menschenrechte. Deshalb setzen wir uns dafür ein, aus der Geschichte zu lernen und unsere Verantwortung für eine der schlimmsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts wahrzunehmen.

Diese Resolution haben unterschrieben (in alphabetischer Reihenfolge):

- Walter Blender, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein K.d.ö.R.
- Dr. Cebel Küçükkaraca, Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.
- Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB Bezirk Nord
- Klaus Schlie, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
- Gerhard Ulrich, Kirsten Fehrs, Gothart Magaard, Bischofskollegium der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche
- Uli Wachholtz, Präsident UV Nord